P23-015 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in:	Yves Venedey (KV Mitte)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 14 bis 16 einfügen:
einheitliche Standards für den Maschinenbau, die unsere Unternehmen brauchen, sollen jetzt von CETA ausgenommen werden.. Auch der Deutsche Richterbund kritisiert das in CETA enthaltene Investment Court System (ICS) scharf. Weder das vorgesehene Verfahren zur Ernennung der Richter des ICS, noch deren Stellung genügen den internationalen Anforderungen an die Unabhängigkeit von Gerichten. Wenn Bündnis 90 /Die Grünen dem nächsten Berliner Senat angehören, werden wir deshalb CETA in der vorliegenden Fassung im Bundesrat die Zustimmung verweigern. Wir müssen das europäische Vorsorgeprinzip verteidigen und niedrigere Standards im Umwelt-, Daten- und Verbraucher*innenschutz verhindern. Wir streiten

Begründung

Am 29. Februar 2016 hat die EU-Kommission die endgültige Fassung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) veröffentlicht. CETA wird oft als Blaupause für TTIP bezeichnet.

CETA ist der erste EU-Handelsvertrag mit einem OECD-Mitgliedsland, der eine Paralleljustiz für ausländische Investoren einführen soll. Auch wenn die EU-Kommission versucht, den gegenteiligen Eindruck zu erwecken: CETA sieht weiterhin Sonderklagerechte für ausländische Investoren vor. Diese Paralleljustiz kann sich gegen unliebsame demokratische Entscheidungen wenden und birgt ein unkalkulierbares Kostenrisiko für die öffentlichen Haushalte. Dabei konnte noch niemand überzeugend erklären, wozu es überhaupt Investitionschutzvorschriften in Handelsverträgen der EU mit den USA und Kanada bedarf.

Darum müssen wir jetzt unmissverständlich klar machen, dass wir im Falle einer grünen Regierungsbeteiligung CETA in der vorliegenden Fassung im Bundesrat nicht zustimmen können. Denn nur wenn die EU-Kommission und die Bundesregierung jetzt wahrnehmen, dass es uns Grünen so ernst ist, dass wir CETA im Bundesrat die Zustimmung verweigern werden, werden sie umfassende Nachverhandlungen mit Kanada eröffnen.

Unterstützer*innen

Jörg Haas (KV Pankow)